Arbeitskatalog der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion im Rat der Stadt Kamen* in den Jahren 2021 – 2025

***im Folgenden: Fraktionen**

Ziel dieses Arbeitskataloges ist es, aus Respekt vor dem Wählerwillen nach der Kommunalwahl im September 2020 die Geschicke der Stadt durch eine inhaltliche Arbeit der Fraktionen für eine verlässliche Basis der Arbeit zwischen Rat und der Verwaltung über die Dauer ab Mai 2021 bis zur Kommunalwahl 2025 heraus sicherzustellen.

Allgemeine Bemerkung:

Die in diesem Kooperationspapier genannten und ausgeführten Sachaspekte erheben keinerlei Anspruch eines vollständigen Katalogs der kommunalpolitischen Inhalte dieser Wahlperiode! Sie bilden einen Kern an Sachthemen, der für beide Fraktionen verbindlich sein soll. Grundlegende Aspekte, laufende Projekte und neue Themen sind oder bleiben im Blick der Fraktionen. Auch hier gilt das beschriebene Verfahren einer gemeinsamen Befassung und Beschlussfassung. Jeglicher thematischer Umgang orientiert sich am Interesse der Bürger-/innen und hat ihre Beteiligung im Blick!

Alle in dieser Vereinbarung beschriebenen Projekte werden von den Fraktionen zusammen verfolgt. Die Initiativen zu den vereinbarten Sachthemen münden in Sachanträge, die von beiden Fraktionen unterzeichnet werden.

Den Fraktionen ist bewusst, dass es Vorhaben in dieser Vereinbarung gibt, die zunächst vorbereitender Prüfungen durch die Verwaltung bedürfen, um mit den richtigen Mitteln die vereinbarten Ziele erreichen zu können.

Sachanträge sollen immer das Ziel haben zielorientierte Beschlüsse herbeizuführen, die erkennbare und überprüfbare Maßnahmen einfordern. Prüfaufträge müssen ebenfalls diesem Ziel dienen.

Solitäre Initiativanträge der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion bleiben möglich. Eine sachbezogene Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen des Rates bleibt den Fraktionen möglich.

I Haushaltspolitik

Die Fraktionen wollen in der Wahlperiode den städt. Haushalt möglichst dauerhaft im Gleichgewicht zwischen Aufwand und Ertrag halten und den Haushaltsausgleich nicht gefährden. Projekte zur Fortentwicklung des Stadtlebens sollen durch mögliche Einnahmeverbesserungen, Einsparungen oder durch Veränderungen der operativen Arbeit der Stadt Kamen erreicht werden. Die Fraktionen unterstützen Vorschläge das operative Geschäft der Verwaltung noch effizienter zu gestalten. Jeder Vorschlag muss die Leistbarkeit durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung berücksichtigen.

An der vorhandenen Infrastruktur sollen keine Einsparungen vorgenommen werden. Einrichtungen der Kultur, des Sports, der Weiterbildung, der Begegnungen, der Jugendeinrichtungen und der Bildung insgesamt bleiben erhalten bzw. werden fortentwickelt, sofern sie unter dem Einfluss der Ratspolitik stehen.

Bereits deutlich vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes erfolgt im ersten Kalenderhalbjahr eine gemeinsame Abstimmung über Haushaltsthemen mit der Verwaltung. Die Verwaltung soll dazu die sukzessive Umsetzung der in dieser Vereinbarung beschlossenen Projekte verfolgen. Hierzu legt die Verwaltung im Laufe des Jahres 2021 eine mittelfristige Planung vor. Zur Beschlussfassung des Haushaltes verfolgen die Fraktionen anschließend, jeweils und zusammen, keine weiteren Anträge und stimmen dem Haushaltsplanentwurf zu. Auf kurzfristige Ereignisse wird ggf. durch Antragslage reagiert. Sollten mit dem tatsächlichen Haushaltsplanentwurf nicht die gewünschten Ziele verfolgt werden, werden die Fraktionen auf die Umsetzung drängen und ergänzende Anträge erarbeiten. Nötigenfalls wird der Haushaltsplanentwurf abgelehnt.

Getroffene Maßnahmen müssen künftig mit evaluierenden Methoden auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Das betrifft ebenfalls die Inanspruchnahme von Förderprogrammen. Maßnahmen, die den städtischen Haushalt belasten, müssen auch zukünftig wirken. Die in dieser Vereinbarung aufgezeigten Projekte sehen die Fraktionen als durchführbare Arbeitsagenda in der Wahlperiode an.

Die direkte, jährliche Beteiligung der Bürger/-innen über den Bürgerhaushalt/das Bürgerbudget bleibt erhalten.

Die Umsetzung der Beschlüsse aus der vergangenen Ratsperiode wird weiterverfolgt. Einige beschlossene Anträge aus der vergangenen Wahlperiode werden erst in dieser Wahlperiode realisiert, dazu gehören z.B. das Spielplatzertüchtigungsprogramm, die Umsetzung des Stadtteilmanagements und die Anträge für die Zukunft der Bäderlandschaft. Dazu gehört die Projektierung des Kamener Kombibads und eine Perspektiventwicklung zur Zukunft des Schwimmangebots im Ortsteil Heeren-Werve. Die Umsetzung dieser Anträge hat die volle Aufmerksamkeit der Fraktionen.

II Stadtbild und Stadtentwicklung

Eine systematische Untersuchung aller Grünflächen zur Vereinfachung der Pflege wird zeitnah vereinbart. Ggf. werden Rückbau und Investitionen dazu getätigt und die Fraktionen werden die dazu erforderlichen Beschlüsse fassen. Der aktuelle Pflegeplan wird unter Beteiligung der kommunalen Politik überformt um die Ziele des Pflegeplans einfacher und effizienter erreichen zu können. Ggf. soll eine temporäre Arbeitsgruppe, unter Beteiligung der Politik, diese Arbeit umsetzen.

Eine schnelle Eingreiftruppe mit konkreter Aufgabenbeschreibung wird bei den Stadtbetrieben implementiert. Zusätzlich wollen die Fraktionen ein festes Pflegeteam „Innenstadt und Parkanlagen“ einführen. Hier soll mittels eines Qualitätsmanagements ein gehobener Pflegestandart durchgesetzt werden. Patenschaften für Pflanzkübel an Laternen in der Innenstadt werden eingeführt.

Die Fraktionen setzen sich in den Gremien der GWA dafür ein, die Arbeit der „Gelben Engel“ zu überprüfen und mit Zielen zu definieren.

Am Ende steht für die Fraktionen das Ziel und der allgemeine Auftrag an die Verwaltung, die Pflege im öffentlichen Raum zu verbessern.

Zur Pflegevereinfachung werden die Fraktionen keine Pflasterflächen auf Bürgersteigen und Gehwegen beschließen, die nicht ausdrücklich im Pflegeplan aufgenommen sind.

Für den Bereich der Innenstadt (Fußgängerzone und alter Markt) vereinbaren die Fraktionen bis spätestens 2023 Regelungen mit dem Ziel Neubauten nur in Anlehnung an die historische Baustruktur und eine Festlegung von Werbeaktivitäten, Leuchtwerbung und der Ladenzeilengestaltung unter den Voraussetzungen des bestehenden Bestandschutzes zu beschließen.
Der Edelkirchenhof wird zur Überplanung unter Einbeziehung der Anwohner in der Wahlperiode projektiert.

Für den gesamten Stadtbereich wird ein Wohnraumkonzept, welches die Bedarfe der Folgejahre aufzeigt, erstellt und Grundlage weiterer Wohnraumplanung. Dabei verfolgen die Fraktionen den sozialen Wohnungsbau gesondert und bevorzugt zu betrachten. Bereits vorhandene Gutachten bilden hier die Grundlage.

Mietwohnungsbau soll bevorzugt mit privaten, öffentlichen oder genossenschaftlichen Bauträgern realisiert werden, die einen realen Bezug zur Stadt Kamen haben oder bereits als verlässliche Partner/-innen bekannt sind.

III Entwicklung der Ortsteile

Ein Integriertes Handlungskonzept, wie es für den Ortsteil Heeren-Werve zur Stadtteilqualität beigetragen hat, wollen die Fraktionen auch für die Ortsteile Methler und Südkamen schaffen. Analog zum Beispiel soll jeweils ein Stadtteilbüro eingerichtet und betrieben werden.

Die Begegnungszentren (Stadthalle Kamen, Freizeitzentrum Lüner Höhe, Bürgerhaus Methler, Bürgerhaus Heeren) werden in den jetzigen Modellen erhalten.

Die Fraktionen setzen sich für eine Verbesserung der Organisation und der Verkehrssituation zum Wertstoffhof in Kamen-Mitte ein. Die Verwaltung prüft, ob die Möglichkeit einer Standortverlegung gegeben ist.

Der Bereich Sportplatz Heimstraße wird mit einer klaren Nutzungsperspektive belegt.

Zum Umgang zur Zukunft der Kleinschwimmhalle in Heeren vereinbaren die Fraktionen eine Zusatznotiz zu dieser Vereinbarung. Diese Zusatznotiz belässt den Fraktionen einen freien Umgang mit dem Sachthema. Der von dieser Zusatznotiz ausgehende politische Wille zum Erhalt der Kleinschwimmhalle wird mit Nachdruck verfolgt.

Für Heeren-Werve werden die Fraktionen im Zeitraum einen Projektbeschluss zum Neubau der Feuerwehrwache im Ortsteil beschließen. Ziel ist es, nach einer Machbarkeitsstudie, einen geeigneten Standort zu sondieren und die Projektierung (Planungs- und Untersuchungskosten) spätestens zum Ende des Zeitraumes in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen, sofern alle Kriterien erfüllt sind und die Finanzierbarkeit möglich ist. Zudem wird ab Beginn des Zeitraumes nach Förderprogrammen zur Finanzierung einer neuen Feuerwehrwache gesucht.

Der Abschnitt zwischen Bergstraße und Westfälische Straße entlang des Mühlbachs wird derzeit qualifiziert begutachtet um herauszufinden, ob Aspekte einer neu entstandenen Biodiversität und des Artenschutzes gegen eine Öffnung für den Fuß- und Radverkehr sprechen. Beide Fraktionen wollen ihre Entscheidung auf der Grundlage dieses Gutachtens treffen und sprechen sich für eine Öffnung aus, sofern im Gutachten keine Gründe zu finden sind, die dagegen sprechen.

IV Klima und Umwelt

Die Fraktionen sind sich bewusst, dass der Kampf gegen den Klimawandel vor Ort beginnt. In alle politischen Entscheidungen muss die Frage der ökologischen Nachhaltigkeit und die Frage, inwieweit die Umwelt und das Klima durch eine politische Entscheidung einer Belastung ausgesetzt sind, einbezogen werden.
In den Stadtteilbüros soll ebenfalls Umweltberatung angeboten werden. Dabei streben wir an, in den Stadteilbüros auf die Kompetenz der Verbraucherzentrale und der GWA zurückzugreifen. Menschen müssen wissen, was sie tun können, um auch mit kleinen Beiträgen die Umwelt und das Klima zu schützen. Darüber hinaus unterstützen die Fraktionen die Verbraucherzentrale grundsätzlich in ihren Tätigkeitsbereichen

Die Fraktionen möchten, dass dort wo es möglich ist und mit den Ansprüchen, welche an das Stadtbild formuliert wurden, übereinpasst, Biodiversität durch bestimmte Bepflanzung und (Nicht-)Pflege gefördert wird.

Mit dem Klimaschutzkonzept wurde ein umfassender Projektplan zum Erhalt des städtischen Klimas beschlossen. Die Fraktionen verpflichten sich die Maßnahmen, die sich aus dem beschlossenen Klimaschutzkonzept ergeben umzusetzen und auf die Wirksamkeit der Maßnahmen zu achten. Das Klimaschutzkonzept soll fortgeschrieben werden.

Die Herstellung von Biodiversität ist auch innerhalb versiegelter Flächen eine sinnvolle Zielsetzung. Die Fraktionen verfolgen das Ziel einer Begrünung von Straßenzügen, wo dies sinnvoll ist. Anwohner/-innen sollen in diesen Prozess mit einbezogen werden.

V Kinder, Jugend, Senioren und Familie

Für die Fraktionen ist ein bedarfsadäquater Ausbau der Infrastruktur für junge Familien ein vorrangiges Ziel in der Wahlperiode. Es wird vereinbart, die strukturellen Angebote in den Kindertagesstätten und den Offenen Ganztagsbetreuungen, den sich entwickelnden Bedürfnissen anzupassen. Ein besonderes Augenmerk muss in dieser Ratsperiode auf dem Ausbau der offenen Ganztags liegen, insbesondere bedarf es einer besseren räumlichen Ausstattung an einigen Standorten.

Die Fraktionen sehen an den OGS Standorten Diesterwegschule und Astrid-Lindgren-Schule Handlungsbedarf.

Vorhandene Spielflächen werden mit multifunktionalen Spielgeräten weiterentwickelt, in der Innenstadt soll ein Aufenthaltsraum für Kinder und junge Familien geschaffen werden.

Für Senioren wird ein Konzept für einen Seniorentreff in der Innenstadt mit den Seniorenverbänden erarbeitet.

Die Skateranlage im Postpark wird erneuert. Jugendliche sind in die Planung (ggf. Ideenwettbewerb) einzubeziehen. Die Umsetzung erfolgt spätestens im Jahr 2022.

Die Jugendkulturzentren werden in der jetzigen Form erhalten und als Anlaufpunkt genutzt, um eine Partizipation für Jugendliche bei Projekten zu ermöglichen.

Aus dem Bereich Kinder, Jugend, Senioren und Familie wollen die Fraktionen zu den Themenbereichen Ausbau der OGS und Konzeptentwicklung Seniorentreff zunächst vorbereitende Prüfaufträge an die Verwaltung richten, um die späteren Sachentscheidungen vorzubereiten.

VI Schulen und Sport

Investitionen in die Schul- und Sportinfrastruktur sollen auf hohem Niveau
erfolgen. Eine Abstimmung erfolgt jeweils mit den Schulleitungen und den Vorständen der Kamener Sportvereine .
Die Fraktionen bilden einen Arbeitskreis aus den jeweiligen Mitgliedern des Schul-und Sportausschusses und laden Schulleitungen, Sportvereine und Verwaltung ein. *Der jeweilig konkrete Einladungskreis bestimmt sich nach den Sachthemen.*

Die beschlossenen Investitionen, die sich bereits in der mittelfristigen Finanzplanung befinden werden fortgeschrieben.

Künftige Investitionen in Schule müssen die Anforderungen an eine digitale Schule berücksichtigen. Dies wird bei Investitionen in Schule mit berücksichtigt.

Die Fraktionen streben an, dass die Sportstätten in der Stadt modernen Ansprüchen an die jeweilige Sportart gerecht werden.

Die Bedarfe der OGS und des Schwimmsports sind in dieser Vereinbarung an anderen Stellen beschrieben.

VII Verkehr und Straßen

Eine Entlastung der Ortsteile von störendem LKW-Verkehr soll in der Wahlperiode erreicht werden. Die Fraktionen vereinbaren dazu die regelmäßige Durchführung eigener Verkehrszählungen und eine kritische Begleitung des in Arbeit befindlichen LKW-Lenkungskonzepts. Insbesondere wird vereinbart, die Verkehrsentwicklung nach dem Bau der „Südkamener Spange“ qualifiziert zu überprüfen und ggf. zur Entlastung der Dortmunder Allee geeignete Maßnahmen einzuleiten.

Ziel der Fraktionen ist es, die Mobilität Jugendlicher zu steigern und zur Entlastung von Familien die Einführung des Flashtickets+ aktiv zu betreiben. Hierzu setzen sich die Fraktionen in den Gremien aktiv ein.

Einmal im Jahr wird ein Vertreter von StraßenNRW zur Berichterstattung in den Verkehrsausschuss mit konkreten Themenpunkten gebeten.

Die Fraktionen wollen den Verkehrsraum systematisch auf seine Funktionalität für den Fußgänger, Radfahrer und motorisierten Verkehr untersuchen. Daraus wird ein Handlungskonzept entwickelt. Dieses mündet in einen Straßensanierungsplan. Dieser wird für fünf Jahre ausgelegt, jedes Jahr ergänzt und in der mittelfristigen Finanzplanung festgeschrieben. Die Fraktionen werden keine SharedSpace Flächen beschließen

Straßensanierungsmaßnahmen sind immer darauf zu prüfen, ob für betroffene Anwohner/-innen Abgaben nach dem kommunalen Abgabengesetz (KAG) entstehen müssen. Die Neufassung des KAG wird daraufhin geprüft, inwieweit mehr Spielräume für eine Verbesserung des Straßenbaus entstehen ohne mögliche Belastungen für Anwohner/-innen. Am Beginn jeder Planung steht eine Bürgerversammlung bei denen die minimalen Möglichkeiten und die maximalen Möglichkeiten einer Wohnumfeldverbesserung vorgestellt werden. Die Bürger/-innen beraten die vorgestellten Möglichkeiten und beeinflussen somit den Rahmen für den späteren Ratsentscheid. Die Bürgeranregungen und –forderungen setzen den Rahmen, sofern sie der Wertigkeit der Baumaßnahme nicht entgegenstehen.

VIII Wirtschaft

Die Technopark Kamen GmbH wird mit der städt. Wirtschaftsförderung verknüpft. Ein personeller Umbau wird vorgenommen. Die neue Leitung der Technopark GmbH soll sich weiterhin um Innovationsförderung bemühen. Innovationsförderung und Technologietransfer haben weiterhin Priorität. Das bezieht sich auf die Akquise von innovativen Unternehmen, die als Folge von erfolgreichen Ausgründungen aus den Zentren der Technopark Kamen GmbH notwendig werden. Ausgründungen unterstützt die Technopark Kamen GmbH um Arbeitsplätze und Innovation in die Region zu bringen. Ein Fokus liegt auf der Beratung und Unterstützung von Gründern bzw. Startups im Netzwerk der Technopark Kamen GmbH.

Insgesamt leistet die Technopark Kamen GmbH weiterhin konzeptionelle und strategische Planungen zur Innovationsförderung und Strukturförderung am Wirtschaftsstandort Kamen. Dazu gehört auch die Begleitung von Digitalisierungsprozessen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes.

Die Fraktionen wollen der neuen Leitung ein Jahr Zeit geben, um im o.a. Kontext die operative Arbeit zu entwickeln. Die strategische Ausrichtung der Technopark Kamen GmbH ist Teil der Diskussion im Wirtschaftsausschuss und insgesamt Teil des öffentlichen Dialogs zum Wirtschaftsstandort Stadt Kamen.

IX Kultur

Das breite Angebot von Kulturveranstaltungen in Kamen wollen die Fraktionen erhalten. Die Veranstaltungen SummerLife sollen mittelfristig noch stärker auf die Ortsteile ausgedehnt werden. Dabei sollen auch Vereine in die Planung und Durchführung eingebunden werden (z.B. Beachparty / RV Wanderlust/ Auftritt aller Heerener Chöre in der neuen Mitte verstetigen)

Vereine und Verbünde, die selbst Veranstaltungen durchführen sollen für das ehrenamtliche Engagement eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Honorare bei SummerLife erhalten. Veranstaltungen, die hier gefördert werden, müssen in Kooperation mit der Kulturverwaltung geplant werden. Sie müssen sich in den Kulturkalender der Stadt Kamen einfügen lassen und für jede Bürgerin und jeden Bürger zugänglich sein.

Veranstaltungen des Stadtmarketings in Kooperation mit der KIG sollen weitergeführt werden. Ebenso beschließen die Fraktionen, dass eine Zusammenarbeit mit allen weiteren gewerblichen Interessenverbänden (Gewerbevereine, Kaufmannschaften) in Zusammenarbeit der Kulturverwaltung und der Wirtschaftsförderung erfolgen soll.

X Ordnung und Sicherheit

Die Fraktionen vereinbaren die „Ordnungsbehördliche Satzung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf Verkehrsflächen und in Anlagen im Gebiet der Stadt Kamen“ zu überarbeiten. Dabei werden konkrete Geldbußen bei Verstößen definiert und verbindliche Verfahren zur Umsetzung.

Der Ordnungsdienst soll durch eine einheitliche Dienstkleidung deutlich erkennbar sein. Die Anforderungen an ergänzende Ordnungskräfte aus privaten Ordnungsdiensten werden in diesem Punkt angepasst. Angestrebt wird eine Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Ordnungskräften der Stadt und privater Ordnungskräfte (gemischte Streifen). Die Durchsetzungsfähigkeit und -willigkeit von Ordnungsmaßnahmen wird Ziel der Organisation des Ordnungsdienstes der Stadt Kamen. Eine zentrale Telefonnummer mit steter Umleitung auf einen Ansprechpartner des Fachbereichs Ordnung wird während der Rahmendienstzeiten des Rathauses eingerichtet. Die Telefonnummer wird publiziert und aktiv bekannt gemacht.

Die Ordnungspartnerschaft zwischen der Polizei und der Verwaltung soll künftig von einem vom Rat beschlossenem Gremium begleitet werden. Diese erweiterte Stadtkonferenz tritt an die Stelle der bisherigen Stadtkonferenz und tagt mind. zweimal jährlich.
Ein Konzept zur Sicherheit und Sicherung der Freizeitanlage Rodelberg in Methler wird erarbeitet, die beteiligten Partner werden aufgefordert dies umzusetzen. Die Fraktionen unterstützen, dass die Überplanung der ehemaligen Sportfläche an der Heimstraße auch dazu genutzt wird, eine städtebauliche Überplanung dieses Bereichs anzugehen und wünschen sich, dass der Bereich besser einsehbar gemacht wird und seine eigentlich avisierte Nutzung auch erkennbar in den Vordergrund rückt.

Der gesetzliche Auftrag zur Umsetzung des Brandschutz- und Rettungsdienstplanes wird laufend verwirklicht. Dazu soll die Stadtverwaltung jährlich Bericht erstatten. Zudem werden die Maßnahmen, die sich aus der Organisationsuntersuchung der hauptamtlichen Feuerwehr ergeben, transparent erläutert.

Die Fraktionen lassen die Einführung einer Feuerwehrrente für aktive, freiwillige Feuerwehrleute auf Umsetzbarkeit, Sinnhaftigkeit und Finanzierbarkeit unter Einbezug der Feuerwehr überprüfen.

Die Fraktionen vereinbaren eine Überarbeitung des Beleuchtungskonzepts unter Einbeziehung der GSW in der Stadt Kamen, um benannte Schattenräume zu verringern.

Alle Aspekte des Bereichs Ordnung und Sicherheit, die einer Präzisierung der Auslegung und Ausführung des Ordnungsrechts dienen, bedürfen vorlaufender Prüfungen. Bei allen Maßnahmen, die später beschlossen werden achten die Fraktionen auf den Schutz und die Leistungsmöglichkeiten der städtischen und privaten Ordnungskräfte, die für die Stadt Kamen arbeiten.

XI Politische Arbeit

Die Fraktionen vereinbaren im Zeitraum die Schaffung eines Jugendbeirates mit einer konkreten Aufgabenbeschreibung. Hierzu ist eine Satzung zu erarbeiten. Die Leitung soll aus der Mitte der Jugendlichen erfolgen. Je Fraktion ist eine Vertreter/-in ohne Stimmrecht beteiligt. Die Durchführung einer Jugendratssitzung im Rahmen der politischen Bildung an den allgemein bildenden Schulen, in Zusammenarbeit mit einer politischen Stiftung, bleibt davon unberührt.
Vorlagen werden künftig nach der Mustergeschäftsordnung des StGB NRW, in Form und Frist erstellt.

Anträge, die ausschließlich das Zusammenführen von Daten beinhalten, binden Kräfte in der Verwaltung, die für das Umsetzen von politischen Zielen dringend benötigt werden. Die Fraktionen vereinbaren daher derartige Anträge mit konkreten Umsetzungsplänen zu begründen.

Redaktionelle Anmerkung:
Zur gendergerechten Sprachverwendung:

Die hier gewählte Form (z.B. Politiker/-innen) ist neben der Klammerschreibung die einzige Art der Sparschreibung, die von den amtlichen Regeln der deutschen Rechtschreibung abgedeckt ist. Allerdings stößt diese Möglichkeit in flektierten Formen an ihre Grenzen, weil Flexionssendungen -n (z.B. Politikern) entfällt. Somit schreiben wir z.B.: *„Der Vorschlag wird von allen Politiker/-innen unterstützt.“* Diese Form entspricht am ehesten dem Ziel eines sprachlichen Verfahrens zur Gleichberechtigung von Menschen, auch wenn sie nicht alle Fälle abdeckt. Auch die Verwendung des sog. „Gendersternchens“ beruht auf einer konsensual unterstellt inklusiven Definition. Sie entspricht nicht dem amtlichen Sprachgebrauch.